



Seht die Wählerlisten ein!

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Saalkreis

Das „Volkswort“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Substitutions-Organ der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisations- und amtlichen Organ verschiedener Verbände. Geschäftsstelle: Dr. Märkerstraße 6. Verlags- und Anzeigengeschäft: Nr. 240/3, 240/7, 240/8. Vertriebs- und Anzeigengeschäft: Nr. 240/3 bis 240/8. — Invertiert einseitigen Manuskripten ist nach dem Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,20 und 0,30 Mk. Vierteljährlich 3,60 und 1,00 Mk. Halbjährlich 7,20 und 2,10 Mk. für 12 Monate 12,00 und 3,60 Mk. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 Mk. — Einzelheft 13 Pf. im Umkreis- und 20 Pf. im Restgebiet der Reichspost. Geschäftsstelle: Dr. Märkerstraße 6. Verlags- und Anzeigengeschäft: Nr. 240/3, 240/7, 240/8. Vertriebs- und Anzeigengeschäft: Nr. 240/3 bis 240/8.

Parteführer Otto Wels prangert Papen, Hitler und Thälmann an Die Würfel rollen um unser Schicksal! Scharfer Angriff und treffliche Abwehr für die Sozialdemokratie

Eigener Bericht

Kottbus, 16. Oktober.

Am Sonntag sprach der Führer der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels in Kottbus. Wels ging außerordentlich scharf mit der Papen-Regierung, ihrer Politik und der Münchener Reichsausschüsse ins Gericht. Die vielstimmigste Menge spendete ihm wiederholt ständes Beifall und brachte ihm zum Schluss, als er sich gegen die Neukur des Reichskanzlers von den „Feinden des Volkes“ wandte, eine große Ovation dar.

Wels führte u. a. aus:

Wenn jemals das Wort berechtigt gewesen ist, daß eine Volksabstimmung und eine Wahl ein Schicksalstag für das Volk bedeutet, so ist es dieser 6. November! Wer nicht blind und taub in diesen letzten Wochen gewesen ist, der weiß und dem braucht es nicht besonders gesagt zu werden, daß an diesem 6. November um das Schicksal des Deutschen Volkes gewürfelt wird und um die Zukunft unserer Kinder. Derseibe Tag, an dem die Weimarer Republik geboren wurde, an dem die Weimarer Republik geboren wurde, an dem die Weimarer Republik geboren wurde...

Es sind diejenigen Herren und Barone, die damals regierten und die dank der Draußen Häuser wiederum in die Macht stiegen konnten. Es sind die offenkundigen Anwaltinnen und heimlich-weltweisen Schlotzhanone, die wieder regierten. Und das Schlimmste: daß sie nichts gelernt und nichts vergessen haben.

Diese auf neu aufgetragenen Herren wollen uns weismachen, sie hätten eine billige, große und neue Staatsführung erunden, soziales den politischen Ziele der Weimarer, mit dem alle Fragen gelöst und das Volk beglückt werden könne. O lieber Himmel! Was haben die Herren erunden, nichts wissen sie, wollen sie, können sie, was wir nicht vor dem Krieg tausendmal vom Feinde der Berliner Siegerallee gehört hätten. (Stürmischer Beifall)

„Neue Staatsführung?“ um Milliarden an die Befehlshaber zu verwickeln und um den Verarmten der Armen jährlich 1 1/2 Milliarden zu nehmen? Neue Staatsführung? um die Löhne herabzusetzen und im Hundstun den Sozialfrieden zu spielen? Neue Staatsführung, um das Herrenhaus zurückzubolen, um den Donner Donneren wieder die Staatsunterkriege zu öffnen: neue Staatsführung, um der Jugend das Wahlrecht zu rauben, um den Reichstag zu einer Aktenlade zu machen, damit die alten Kaiser und Mummengötter aus den Familienlogen derer von und zu das Geschick des Deutschen Volkes bestimmen können? Ist das die neue Staatsführung, daß all jene, die eine andere politische Meinung haben, wiederum zu Staatsfeinden erklärt werden?“

Diese neue Staatsführung wird dadurch dokumentiert, daß heute bereits in Deutschland wieder alle jene Räter schwärzen, die am 6. November 1918 sieg ausriefen. Da sind die Fürsten und Prinzen, da ist der große Reich von Garbelle und da ist vor allem die Weimarer, Brünnens, Glanz und Gloria, Wilhelm II. Ob der Sieger von Bismarck oder von Doorn (schließlich das Rennen machen soll, das ist im Herrenklub noch nicht ganz ausgetrieben. Entschlossen bemühen sich aber der Vater wie der Sohn, vor dem Herrenklub das Gremien abzulegen und den Befehlsgewalt zu erdrücken, daß jeder fähig und würdig ist, den Thron zu besteigen und stetig durchs Brandenburger Tor zurückzuführen.

Nur einmal lauten auch die Nationalsozialisten gegen die Barone, die nach Herrn Göbbels auf „ihren besten Rädern“ zur Macht gelangt sind, Sturm.

Deutschland nicht ebenfalls in ihren Reigen hätten, wie Jugenberg.

„Nein — ich wiederhole es immer wieder — ohne Hitler kein Papen, ohne Papen keine Notverordnung, und ohne Notverordnung nicht das fürchterliche Elend, das täglich immer wieder deutsche Volksgenossen in den Tod führt. In Lebensstimmung mit den Gewerkschaften hat die Sozialdemokratische Partei in den vergangenen Wochen alles getan, um dem Lohnraub Einhalt zu gebieten.

In diesem Kampf haben Kommunisten und Nationalsozialisten gegen uns. Auch sie wollen dem Volk angeblich Arbeit und Brot geben. Die Wirklichkeit zeigt, daß sie nur um ihrer selbst willen eifriger sind, was das, was an sich in einem vernünftigen Reichstag von „Arbeiterpartei“ durchgeführt werden könnte, durch Völlerei und übertriebene Agitation illusorisch gemacht wird.

Jemals werden diese Parteien für den Fall der Notverfassung auch nur ein Prozent von dem vernünftigen können, was sie in ihrer schamlosen Agitation fordern und dem Volk verweigern.

Die Romanische Partei hat mich heute ebenfalls als ihre nationalsozialistischen Verbündeten nichts anderes zu tun, als eine täglich mit Schmutz zu bewerfen. Sie redet von der Einheit des Reiches und meint das Gegenteil um ihrer selbst willen. Wir betrachten es als eine unserer Hauptaufgaben in dem bevorstehenden Wahlkampf, die Wählerheit über das völkerverfehlende Treiben der Kommunisten aufzuklären.

Am gleichen Tage gilt unser Kampf der Nationalsozialistischen Partei und denen, die von dieser Arbeiterpartei in den Sattel gelassen wurden, um die Arbeiter wieder zu Bürgern zweiter Klasse zu degradieren. Wir leben, daß dort, wo Nationalsozialisten heute regieren, nichts von den jahrelangen Berprechungen erfüllt wird. So wie auch hinsichtlich des nach Oberburg, Thüringen oder Anhalt, nirgendwo ist von dem verprochenen Kapitalismus auch nur ein Prozent in Erfüllung gegangen. Stattdessen haben wir eine Fordererlosigkeit in Exzessen selbst rechtschreibenden Organisationen zu Protokoll der Regierung veranlaßt hat.

Wo Nazis regieren, ist das braune Parteibuch Trumpf. So reißt sich in dieser Partei Lüge

an. Jeder Jahrestag ist beispielweise das Zentrum als „schwarze Pest“ bezeichnet worden. „Som wurde tagtäglich — wie uns — Kampf bis aufs Messer angeblüht, und noch nach den Wahlen hat Hitler öffentlich erklärt, daß es mit der Zentrumspartei ein Rittieren nicht über. Auch diese Partei müsse, wie die Sozialdemokratie, durch Kampf erledigt werden. Kaum eine Woche später haben die Beauftragten Hitlers mit der „Schwarzen Pest“, den „Schwarzjungen“ und den „schwarzen Kammern“ zusammen.

Die Reber der Nationalsozialistischen Partei im Lande betreiben den Ernst der Verhandlungen Hitlers mit dem Zentrum. Demgegenüber erkläre ich, daß alles, was in Leipzig und Berlin öffentlich festgesetzt habe, Tatsachen sind, die nur wider besseres Wissen betritten werden können, und zwar eben, wie auch der Versuch des nationalsozialistischen Abgeordneten Strofer, bei dem Reichspräsidenten Schieffer eine voll. Reichspräsidenten Hitlers zu hinterziehen, eine unumkehrliche Tatsache ist und bleibt.

Die an diesen Bestrebungen beteiligten Herren — es waren drei — mögen beidermal benennen. Ich bleibe bei meinen Behauptungen.

„Nunere Bäter und Söhne waren es, die von 1914 bis 1918 ihre Haut zu Marter gebrandet haben. In der ersten Hälfte von Sozialdemokratie liegen in jener Erde, herabtaufende sind mit Schoden an Leib und Seele zergerichtet. Nunere Bäter und Kinder waren es, die gebarbt, gedungen und zu tanzen an ihrer Erziehung gestorben sind.

Und als das furchtbare Unheil endlich sein Ende fand, waren es wieder unsere Bäter und Söhne, die nach dem fatalistischen Zusammenbruch Dpfer auf Dpfer für den Wiederaufbau ihres Vaterlandes gedrückt haben, wor es die deutsche Sozialdemokratie, die nach der Flucht der Verantwortlichen ins Ausland Deutschland vor dem Chaos bewahrte. Wenn es democh ein Reichspräsident aus dem Baronenstand fertigbringen konnte, uns wegen unserer Doppelstimmigkeit gegen seine reaktionäre Politik als „Feinde des Volkes“ zu beschimpfen, dann zeigt das, was die Stunde geschlagen hat. Es ist der Welt des Reichspräsidenten, der aus diesem Reichspräsidenten ist.

„Dito Wels schloß seine Rede unter stürmischem Beifall der Hörer und Hörerinnen. Seine begeisterte Aufbeorderung, die letzten Wochen vor dem 6. November für den Sieg der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, für den Sieg der Räte 2. zu nutzen, wurde von der großen Versammlung mit enthusiastischer Zustimmung aufgenommen.“

Zwischen Sonntag und Montag

Der Wölkerbund hat die Neuwahl des Generalsekretärs des Wölkerbundes, die in der Nacht von Sonntag zum Montag erfolgen sollte, verlagert. Der stellvertretende Generalsekretär Krenol wurde nur provisorisch gewählt. Die endgültige Ersatzwahl soll bereits am heutigen Montag erfolgen.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Breitfeld gab auf einer Wahlkundgebung am Sonntag in Hannover die Parole aus: „Hitler, Thälmann, Papen — teiner von den Dreien!“ Breitfelds Rede, in der er sich gegen den Eptonprinzen wandte, wurde von den Massen mit Begeisterung aufgenommen.

Der Deutschnationalen Jugenberg sprach am Sonntag in Berlin über „Sozialpolitik“ und stellte sich in seiner Rede die Freiheit, daß es „keine Sozialpolitik ist, wenn man... eine demoralisierende Unterstützung von Simulanten finanziert.“ Dieser eine einzige Satz genügt aus der Rede, um zu zeigen, wozu Papens Regierungspartei steuert.

Reichstagsangelegenheiten Papen müßte sich am Sonntag in Raderborn in einer neuen Rede ab, seine Politik zu verteidigen. Der Reichstagsangelegenheiten

ebenfalls über Sozialpolitik. Bemerkenswert ist nur der Satz, daß die Regierung nicht daran sei, „die Wohlhabt aus dem Staat zu vertreiben“. Jugenbergs Rede und des Rangiers kritische Wort „Wohlfahrtsstaat“, der überhand werden müßte, können jedoch nicht vergessen werden.

Infolge des prooziierenden Verfalls der Nazis kam es am Sonntagvormittag in Wien zu schmerzhaften Zusammenstößen mit sozialdemokratischen Arbeitern. Die Nazis, die in ein Arbeiterheim eindringen wollten, wurden zurückgewiesen. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurden drei Nazis getötet und einw. Personen auf beiden Seiten verletzt oder schwerer verletzt. Die Polizei nahm über 600 Feststellungen vor.

Am Sonntag kam es in Dortmund zu folgenschweren Zusammenstößen, für die die Nazis verantwortlich zu machen sind. Sie zogen in starken Gruppen durch Arbeiterviertel, um dort Flaggen zu verteilten. Bei dieser Arbeit riefen sie durch ihr Verhalten die Empörung der Bevölkerung hervor. Es kam zu Zusammenstößen, die die Polizei beilegen wollte. Das Unbesonnenheitskommando wurde mit Schüssen empfangen. Die Polizei erwiderte das Feuer. Zwei Tote und zwölf Schwerverletzte sind das Ergebnis der Schießereien.

Sitterei in Holland

Amsterdham, 15. Oktober. Eigener Bericht

In den kommenden Beratungen des holländischen Parlaments soll ein neues Kapital bestrafet werden. Das sozialdemokratische Parlamentarier „Der Räte“ konnte bereits vor Wochen auf die Beziehungen zwischen deutsch-monoarchistischer Verfassung und gewöhnlichen Verfassungen nach Deutschland hinweisen.

„Der Räte“ leuchtet in diese Verfassungsverhältnisse hinein. Dabei taucht das Licht an der holländischen Grenze gelegene Sandgut Hillehard auf. Es gehört dem in Holland naturalisierten Grafen Wolff-Metternich. Er ist ein Verwandter der Hohenzollern. Wie diese Vorgänge und Entschlüsse sollen in der holländischen Kammer zur Sprache gebracht und die holländische Regierung aufgefordert werden, diesem Verdrüßlichen gegen einen bestimmten Staat ein Ende zu machen.

# Paul Löbe an Hindenburg

## Der frühere Reichstagspräsident an den Reichspräsidenten

Der frühere Reichstagspräsident Paul Löbe veröffentlicht am Sonntag seinen Brief an den Reichspräsidenten, in dem er u. a. heißt:

### Herr Reichspräsident!

Herr Reichspräsident von Papen hat in einer Zusammenkunft von Industriellen in München Änderungen der Deutschen Reichsverfassung in Aussicht gestellt, die auf eine Zerstückelung der wichtigsten Volksteile hinauslaufen. Er hat sich dabei ausdrücklich auf einen ihm vom Reichspräsidenten erteilten Auftrag berufen und die Drohung hinzugefügt, daß er „den Willen und die Macht“ habe, diese Neuordnung zum Erfolge zu führen.

Die Form der Ankündigung wie ihr Inhalt machen es gleichermaßen unabweislich, daß Sie, Herr Reichspräsident, einen Auftrag in dieser Richtung gegeben haben können, der viele Kreise, der die Mehrheit des deutschen Volkes zu beständigem Widerstand herausfordern würde.

Bei Ihrer Verkündung auf die Verfassung am 11. Mai 1935 haben Sie, Herr Reichspräsident in Ihrer Ansprache geantwortet: „Reichstag und Reichspräsident gehören zusammen, denn sie sind beide unmittelbar aus den Wahlen des deutschen Volkes hervorgegangen. Aus dieser gemeinsamen Grundlage allein leiten sie ihre Machtfunktionen her. Beide zusammen erst bilden die Verkörperung der Volkssouveränität, die die Grundlage unseres gesamten heutigen Verfassungslebens bilden. Das ist der tiefe Sinn der Verfassung, auf die ich mich soeben durch mein Manneswort feierlich verpflichtet habe.“

Herr von Papen verkündet jetzt eine Entziehung des Reichstages. Daß die Regierung vom Willen der Volkvertretung abhängig sei, ist ein Grundgesetz der Verfassung von Weimar, wie es ein Grundgesetz aller demokratischen Staaten ist. Der Reichstagler oder will die Regierung „autoritär“, das heißt von der Volkvertretung unabhängig machen. Wo gerade das Gegenteil dessen tun, was Sie als tiefen Sinn der Verfassung selbst anerkannt haben. Ist dieser Auftrag wirklich von Ihnen erteilt?

Reichstagler von Papen verkündet jetzt Einsetzung einer Ersten Kammer. Erste Kammer in Deutschland waren bisher Herrenhäuser, die die Richtung der Volkvertretung durchkreuzten und aufhoben. Wenn ein Exponent des Herrenhauses die Einsetzung einer Ersten Kammer betreibt, so liegt darin eine Bedrohung des Selbstbestimmungsrechtes der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes. Ist ein Auftrag dazu erteilt?

Herr von Papen verkündet, daß den Ländern die Freiheit in der Gestaltung des Landes- und Gemeindefreehrechtes wieder gegeben werden soll. Das bedeutet, den Einwohnern der Städte und Dörfer wie der Länder das gleiche Wahlrecht zu entziehen und die Glieder des deutschen Volkes wieder nach Besitz, fogenanntem Bildung und ähnlichen äußeren Merkmalen einzuteilen. In anderen Sätzen lautet sogar die Möglichkeit der Einsetzung von Zweigmonarchien in einzelnen Ländern wieder auf.

Millionen mündiger Deutscher fragen heute, hat der Reichstagsler von Papen wirklich einen Auftrag des Herrn Reichspräsidenten zu diesen grundstürzenden Maßnahmen erhalten?

Der Weg, den der Herr Reichstagsler ohne und gegen das Volk zu beschreiten beabsichtigt, muß zu unabsehbaren Katastrophen führen. Wird die deutsche Verfassung von den Regierenden oben nicht geschützt, dann sind die Staatsbürger unten zu ihrer Einhaltung nicht mehr verpflichtet. Dann stirbt mit dem Grundgesetz des Staates die staatliche Ordnung überhaupt.

Wir Vertreter von acht Millionen wahlberechtigter deutscher Volksgenossen hatten die Pflicht, unsere Warnung dem Herrn Reichstagsler selbst klug in Auge zu unterbreiten. Die Auflösung des Reichstages hat diese Pflicht vermindert. Bei den kategorischen Industriellen haben wir nicht Zeit und Stimme.

Wir wenden uns deshalb an den gewählten Präsidenten der Deutschen Republik, um zu klären, ob er den Auftrag wirklich gegeben hat, den Reichstag in der geplanten Weise zu entziehen, die Volksrechte zu kürzen und damit eine Periode innerer Kämpfe einzuleiten, die mit den sonst in der Rede des Kanzlers geäußerten Zielen in krafftestem Gegensatz stehen.

Die „Grundrechte der Freiheit und Gleichberechtigung“, die der Herr Reichstagsler für das deutsche Volk in der Welt fordert, gelten auch für den einzelnen Volksgenossen selbst. Man kann sie nicht in dem einen Fall fordern und in dem anderen zurücklassen wollen. Freiheit und Gleichberechtigung wird das deutsche Volk auch im Innern zu schützen und verteidigen wissen.

Paul Löbe.

# Die Partei im Kampfe

## Anschwellende Versammlungswelle

Mit 26 Versammlungen über das Thema „Anbau der Wirtschaft, sozialistische Ordnung, Republik und Demokratie“ tritt der Kampf in diesen Tagen in den Wahlkampf ein. 26 Versammlungen am Sonntag und Sonntag eröffnen den Wahlkampf im Bezirk R. 1.

Eine imposante Frauenumgebung, in welcher Genoffin Flora Franke referierte, eroberte mit dem Beschluß, den Wahlkampf gegen das Trioletium Papen-Hitler-Zählmann mit aller Kraft zu führen.

Nach in Düsseldorf waren die Versammlungen des Genoffen Seebing durchweg überfüllt und verliefen in begeisterter Kampfstimmung. In fünf Versammlungen in Kiel sprach die Genoffin Dr. Alfred Käbler, Eggerstadt und Luise Schröder und rechneten mit Nationalisten und Kommunisten kräftig ab.

Vor großen Versammlungen in München sprachen Erhard Kuer, Unterleitner und Genoffin Raag-Wieder unter dem Beifall der überfüllten Säle.

Die Dillinger SPD-Boniere hielten Generalappell für die Wahl ab, in dem Genoffe Georg Richter die bevorstehenden Kämpfe beleuchtete.

Eine Durchsicht der Parteipresse zeigt, daß am heutigen Sonntag in Hunderten von Versammlungen in Stadt und Land der Widerstand der Sozialdemokratie fortgeführt wird. Nirgends Müdigkeit, nirgends Flaubeit, überall freudigster Kampfesmut.

# Nazis drohen wieder

Das Berliner Nazibüro berichtet im Freitag folgenden Stills aus einer in Magdeburg gehaltenen Rede von Nazi-Kooper, Ministerpräsident in Odenburg:

„Wenn ihr glaubt, am 6. November wiederum einfach über uns zur Lagerstrasse übergehen zu dürfen, wenn ihr dann illegal werdet und die Verfassung verletzt, dann ist unser Führer Adolf Hitler von seinem Eid in Leipzig gebunden.“

Wjo wieder einmal Aufschreie mit Köpfevolen.

# „Felsenad“ ohne Litten?

Vor dem Schwurgericht beim Berliner Landgericht III beginnt am Montag von neuem der Felsenadprozess gegen 24 kommunistische und nationalsozialistische Angeklagte. Nachdem es nach monatelanger Verhandlung nicht gelang war, die Eingesperrten des Feuerberges auf die „Kolonie Felsenad“ zu führen, was der Prozess wegen Ausföschung des kommunistischen Parteibüros Dr. Litten ausgelassen. Nunmehr ist die Beschlußkammer des Landgerichts III Berlin entschieden, daß Reichsanwalt Litten im neuen Felsenadprozess „wegen des Verbautes der Beugnisigung“ von der Verteidigung auszuschließen ist.

# Für die Strafrechtsreform

Das Rektorat für das kommende Semester der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität wurde am Sonntag dem Strafrechtler Professor Eduard Kohlschlag übergeben. Der neue Rektor führte in seiner Antrittsrede aus, daß die großzügige Reform des Strafrechts, an der seit der Zehnjährigen Periode gearbeitet wurde, heute wieder stark gefährdet ist. An der Durchführung der seitens des Reiches am letzten sechs Jahre lang geübten Reformen einen Betreus für die Aktualität des Problems der Strafrechtsreform gelöst zu haben. Die Wandlung der staatlichen und rechtlichen Aufstellung über Individualismus und Kollektivismus verlange von der Wissenschaft: der Glaube an das unveränderliche Recht der verantwortlichen Persönlichkeiten ist in Einklang zu bringen mit dem Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes.

# Die Eisenbahner gegen Nazis

Die Beamtenräte wählen im Reichsbahnbezirksverband R. 111 in Dresden den Nazis eine schwere Niederlage. Gerade in R. 111 glaubten die Nazis, diesmal die ersehnten Erfolge einzuholen zu können. Der nationalsozialistische Agitations- und Apparatur war in letzter Zeit ausschließlich auf dieses Ziel eingestellt. Der Erfolg ist geradezu täglich. Die nationalsozialistischen konnten nur 2350 Stimmen für sich erwirken, während für die Gewerkschaften mit weit über 12000 Stimmen abgegeben worden sind. Es erhielten Gemeindefunktionäre der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer und Genossenschaft der technischen Beamten 4082 Stimmen, Zentralerwerbsratsbund der Reichsbahnbeamten 3396 Stimmen, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 3505 Stimmen, Einheitsverband der Eisenbahner 1271 Stimmen, Nationalsozialisten 2350 Stimmen.

# Frankfurter Volksstimme verboten

Die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme“ ist vom Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau mit sofortiger Wirkung für fünf Tage verboten worden. Das Verbot erfolgte auf Grund einer Kritik an der Münchener Rede des Reichstagslers.

# Kampf zwischen Schlot und Halm

## Das Ruhrkohlenyndikat fürchtet ein Trümmersfeld als Folge der Dapen-Politik

### Eigener Bericht

Dochum, 15. Februar.

Das Ruhrkohlenyndikat hat am vergangenen Mittwoch das folgende beängstigende Telegramm an den Reichstagsler, an verschiedene Reichsanwälte und die Reichsanwaltschaft:

„Die deutsche Einheitsgewerkschaftspolitik wirkt in Italien, in den Oststaaten, besonders aber in Holland verheerend auf den Ruhrkohlenabbau. Die Nachschichten werden von Tag zu Tag schlimmer. Nach Beendigung der laufenden Lieferungsverträge werden wir vor einem Trümmersfeld stehen. Der Ruhrbergbau wird wie die übrige auf Ausfuhr angewiesene Industrie noch unter dem jetzigen Tiefstand herabgedrückt werden. Anfall der von der Regierung gewollten Behebung der Wirtschaft sehen wir ein weiteres Absinken der Industrie und eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit voraus. Die Hoffnung, daß die Konjunkturerholung durch Behebung der Landwirtschaft auch den Industrieabbau heben und dadurch den Schaden der sinkenden industriellen Ausfuhr ausgleichen werde, wird sich immer deutlicher als trügerisch erweisen. Die industrielle Kaufkraft wird entsprechend dem Ausfuhrrückgang stark zum Schaden auch der Landwirtschaft. Die Kosten der verschlehten Politik werden in erster Linie der Ruhrbergbau und die übrige Industrie zu tragen haben.“

Der „interne Briefwechsel“ zwischen dem Reichsamtpräsidenten und der Reichsregierung wird nicht veröffentlicht werden. Wir sind jedoch in der Lage, den Vorlaut des Telegramms wiederzugeben, den das Ruhrkohlenyndikat an die Reichsamt gerichtet hat. Des Telegramm ist höchstwahrscheinlich der Abwendung des Schreibens der Reichsamt an die Reichsregierung vorausgegangen.

Das Ruhrkohlenyndikat hat mit diesem Telegramm einen sehr ersten Warnungsversuch erteilt. In den letzten drei Jahren sind 200 000 Ruhrbergarbeiter entlassen worden und sind arbeitslos. Würde die Konjunkturerholungspolitik durchgeführt werden, so würden sich zu ihnen weitere Zehntausende gesellen! Die agrarische Presse legt ihr Ohr

nach dem Kopfe von Luther fort. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von Sportphilosophie, sie nennt das Schreiben Luthers „die konsequente Fortführung der Politik eines Wirtschaftsumverandes, den man bei Herrn Dr. Luther nicht erst jetzt heute und gestern bewundern darf“, sie spricht von einem Kampf der „Reichsbannerherren“ gegen die Wirtschaftspolitik des Reichstagslers und fordert schließlich die Beteiligung Luthers.

Der Kampf zwischen Schlot und Halm ist offen ausgedroht, er wird auf das Kabinett Papen zurückwirken.

Herr von Papen hat in München ausgerufen: das Volk will! Die Kreise, die hinter ihm stehen, sind nicht das Volk — aber nicht einmal diese Kreise sind einzig in dem, was sie wollen, sie sind vielmehr in einen sehr ersten Konflikt miteinander geraten. Der Grund, auf dem das Kabinett der Barone steht, wackelt bedeutend!

# Der Fememord von Braunschweig

## Der Mörder noch flüchtig

### Eigener Bericht

Braunschweig, 15. Oktober.

Der Fememörder Raune, der den SS-Mann Campe auf der Landstraße erschossen hat, ist noch flüchtig.

Der Autoverleiher Bohse aus Riddagshausen bei Braunschweig teilt mit, daß er von Raune und Campe erludt worden sei, nach Uremtingen zu fahren. In Uremtingen verlangte Raune, daß Bohse weiter nach Siele fahre. An einem dunklen Platz ließ Raune halten. Er drängte Campe zum Auto hinaus und jagte ihm ohne weiteres eine Kugel in den Kopf. Als Campe zusammengebrochen war, gab Raune noch sechs Schüsse auf den Dammenden ab. Der Autofahrer will wohl Angst mit seinem Wagen geflohen sein. Er hat aber verabsäumt, die Polizei sofort zu benachrichtigen, so daß Raune, der in

voller Uniform war, einen großen Vorprung bekommen konnte. Der Autoverleiher ist nicht in Haft genommen.

Raune und Campe waren der Staatsanwaltschaft der SS in Braunschweig zugewiesen. Die Eiserne Front Braunschweigs verlangt jetzt die Schließung der SA-Zeime in der Stadt, da ohne diese Schließung die Ruhe und Ordnung nicht wiederhergestellt werden könne. In den SA-Zeimen sind viele obdachlose, arbeitslose Leute untergebracht, die selbstverständlich leichter zu Gewalttaten neigen als die in Braunschweig bekannten SA-Leute.

An Lutter an Warenberge wurde der SA-Mann Bennede von seinen Parteigenossen derart zugerufen, daß er jetzt im Krankehaus in Goslar an Herz an einer schweren Schädelerkrankung gestorben ist.

# Für den Ruhrhandel...

## Der „neue Sinn“ der Nazi-Agitation

Das Berliner Nazibüro des Herrn Goebbels veröffentlicht am Sonntag einen Artikel mit der Überschrift: „Wohin gleiten wir?“, in dem ein ernstes Wort an den deutschen Bürger gerichtet wird. Dieser Bürger soll Deutschland vor der Katastrophe warnen, indem er am 6. November das Wahlrecht des 31. Juli zugunsten der Nazis verleiht. Aber, heißt es dann weiter:

„Wenn, selbst bei der äußersten Anstrengung, jetzt noch kein voller Sieg der nationalsozialistischen Bewegung erreicht werden kann, dann muß wenigstens die Bahn freibleiben,

die ein Zusammengehen, eine Paritätsabstimmung zwischen den Nationalsozialisten und, wenn es erforderlich ist, dem Zentrum nicht unmöglich macht. Es gilt man, die Bedenken, die man gegen das Zentrum hat, aber nach seiner ganzen Entwicklung haben muß, noch so hoch an dem nach dem Endergebnis einer solchen Verbindung zum Wohle unseres Vaterlandes immer noch ein erhebliches besseres sein, als das bei jeder anderen, unter den heutigen Zeitverhältnissen und Parteibestrebungen möglichen Konstellation.“

„Wählt Nazi“, damit Hitler nach dem 6. November entweder mit Papen-Hindenburg oder mit der „Schwarzen West“ beim Ruhrhandel gut abkomme. West ist es mit dem Dritten Reich!



### Des Geistes Schwert

Der Film vom Marxismus läuft am kommenden Freitag, dem 21. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Volksparks“.

„Des Geistes Schwert“, ein Film vom Gein und Werden der menschlichen Gesellschaft. Er wurde geschaffen, um der Massenbevölkerung über den Marxismus zu dienen. Er soll darüber hinaus eine Bildungsfaktoren für diejenigen sein, die sich bewußt zum marxistischen Sozialismus bestimmen, und tiefer in seine Probleme eindringen wollen.

Kampfen im Marxismus ist das Schlagwort, das Tag um Tag dem Leser der bürgerlich-nationalen Presse in die Augen springt. Wir besinnen uns stolz zum Marxismus, zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, zum sozialistischen Zukunftsstaat.

Darum macht die am Freitag stattfindende Filmveranstaltung zu einem Bekenntnis der halbtägigen Arbeiterpartei zum Marxismus und Sozialismus.

Eintrittskarten zum Preise von 10 und 20 Pf. sind in den Gewerkschaftsbüros, Restauranten, Gewerkschaftsbüros, „Volkspark“ und bei den Funktionären zu haben. Für erworbene Parteigenossen stehen eine Reihe Freikarten zur Verfügung, die im Parteisekretariat abgeholt werden können.

### Flucht aus dem Leben

Ein Mann und eine Frau erhängen sich. Am Sonnabend gegen 18 Uhr wurde eine Frau in ihrer Wohnung erhängt aufgefunden. Sie hatte sich im Kleiderkasten das Leben genommen. Es handelt sich um die 47 Jahre alte Ehefrau eines Doktors der Gegend. Als Ursache des Selbstmordes nennt der Polizeibericht Schwermut.

In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr erhängte sich ein 24 Jahre alter verheirateter Mann. Umstand wohl noch in Arbeit, hatte aber trotz seines jungen Alters bereits fünf Kinder zu versorgen. Unter der Last dieses „Gens“ mag er zusammengebrochen sein.

### Am der Haltetelle überfahren.

Als am Sonnabendabend ein 22 Jahre alter Mann einen Straßenbahnwagen der Linie 8 an der Haltetelle vor dem „Volkspark“ berührte, wurde er von einem plötzlich herankommenden Motorrad erfasst und überfahren. Er wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht.

### Eiserne Front, Halle-Nord

Wittwoch, den 19. Oktober, 20 Uhr, spricht im „Volkspark“ (Zimmer 7) Genosse Stengel über seine Eindrücke in Sowjetrußland. In der Verammlung werden alle Reichsbannerkameraden und Kameradschaftler der 2. Abteilung mit ihren Angehörigen eingeladen. Parteigenossen und andere Bekannte aus Halle-Nord (Leipzig, Braunschweig, Gießen etc.), die sich dem Reichsbanner und den Kameradschaften noch anschließen wollen, sind willkommen.

7. Ortsbeirat der SPD, Halle, Dienstag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal „Jugendklub“. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zeitlos zu erscheinen.

Antikriegskomitee, Dienstag, den 18. Oktober, 20 Uhr: Wichtige Sitzung im Arbeitersekretariat. Alle Organisationsmitglieder müssen vertreten sein. Der Obmann.

## Die Frauen im Wahlkampf

### Mahnende Worte der Genossin Anna Schob

*Wahlrecht ist nicht Männerrecht, nicht das Recht der Männer, sondern es ist auch Frauenrecht und das Recht der Weiblichkeit!*

In der ersten Wahlversammlung der SPD am Freitag richtete die Leiterin der Arbeiterwohlfahrt, Genossin Schob, mahnende Worte vor allem auch an die Frauen. Sie sprach ihnen Mut und Kraft zu, im kommenden Wahlsampfe wie im vergangenen erfolgreich für die SPD tätig zu sein. Die Frauen haben gerade von der Regierung Papen nur Rechtfertigung zu erwarten. Schon die erste Regierungserklärung des Kabinetts der Barone, die den „Wohlfahrtsstaat“ angriff, griff damit in die Interessengebiete der Frau stark ein. Inzwischen wurden die Rechte auf Unterfertigung aller Unterfertigungsbedürftigen so weit geschnitten, daß viele heute nicht mehr wissen, wie sie ihr Leben fristen sollen.

Arbeit und Brot hat diese Regierung bezweifelt, neue Not und neues Elend hat sie uns bisher gebracht.

Alles das geht auch die Frauen an! Zwar sind neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen worden — aber auf Rollen der noch Beschäftigten. Die Lohnbede ist dadurch nicht größer geworden. Es gehen wir in den Winter hinein und leben fast schändlich vor kommenden Not entgegen. In dieser Not wird die Arbeiterwohlfahrt, wo sie nur kann, helfen. Sie ruft deshalb die Frauen zu Mithelfern an dem Werke der Arbeiterwohlfahrt auf. Nicht allein Helfer aber sollen die Frauen sein, sondern auch Kämpfer. Es gilt die Ursachen dieser Not endlich zu beseitigen. Deshalb ist gerade die kommende Reichstagswahl auch gerade für die Frauen so wichtig.

Die Frau entscheidet diesmal entscheidend mit dem Stimmzettel das Schicksal ihrer Familie.

Ist es nicht furchtbar, zu hören, daß über die Hälfte der Kinder heilighausweise in den Weiblichen Schulen halbes ohne warmes Frühstück in die Schule kommt und daß sie nur trostlos Ernt zum zweiten Frühstück mitbringen? Ist es nicht

entsetzlich, zu hören, daß viele Eltern ihre Kinder nicht in die Schule schicken können, weil sie keine Schule für sie haben? In einem Kampfe, in dem es um die nächsten Lebensinteressen geht, dürfen die Frauen nicht beiseite liegen. Daß die Frauen aber nicht mehr nur dazu verurteilt sind, zu jammern und zu klagen, sondern daß sie überhaupt ihren Einfluß geltend machen können, das verdanken sie der Sozialdemokratie. Die Nazis, die jetzt so um die Gunst der Frauen werben, weil sie sie bei ihrem Niedergang als Stimmvieh benutzen wollen, haben oft genug erklärt, daß ihre Partei eine Männerpartei ist und daß im „Dritten Reich“ nur wenigen ausserwählten Frauen das Staatsbürgerrecht erteilt würde. Die Frau hat nach ihrer Ansicht nur schön zu sein und Kinder zu kriegen. Die Frau soll also wieder ganz der Willkür der Männer ausgeliefert werden. Wohlwollen aber ist auch ein Befehl, der von anderer Seite kommt und darauf angeht, eine Frauenpartei zu gründen, um die Frauen gegen die Männer auszuspielen.

Die proletarischen Frauen können solche Mauder ab; sie wollen Seite an Seite mit ihren Männern als gute Kameraden um das gemeinsame Ziel, um den Sozialismus, kämpfen. Deshalb soll auch die Frau es ihrem Mann nahen und den Dreipfeil überall tragen als Zeichen der Verbundenheit im Kampf um gemeinsame Ziele.

Jede Frau, die nachdenkt, muß wissen, wofür sie geht. Damit aber soll sie sich nicht zufrieden geben, sie muß im Interesse ihrer Rechte auch dafür sorgen, daß die Kampffront um diese Rechte vergrößert wird. Die Frauen kämpfen nicht um Sonderrechte, sondern um Vollrechte. In dieser Hinsicht ist der 6. November 1929 wie der 9. November 1918 auch für die Frauen ein Schicksalstag. Es gilt, darüber hinaus ein freies Deutschland auch für die Nachkommenschaft zu sichern. Deshalb müssen alle Frauen am 6. November 1930 die 2. Sozialdemokraten.

Wirtschaftsordnung sei aber nur ein Ausdruck der Not und würde mit dem Wiederaufluge der Wirtschaft einer Besorgung der Privatwirtschaft weichen.“ Was aber, wenn Papens Plan scheitert? Der Herr Minister a. D. hat diese Möglichkeit nicht in das Bereich der Erwägungen gezogen. Nun mag der dieser Möglichkeit gedenken; aber wird die „Stimmungs-gemäße Abneigung gegen die gegenwärtige Wirtschaftsordnung“, von der er sprach, sich erst in sozialistische Zeit! Das weiß Herr Damm, das wissen alle „Wirtschaftsführer“, und darum klammern sie sich an den Strohhalbm der Wortschönheit „Wirtschaftsunterbrechung“. Die Zukunft wird erweisen, daß es nur ein Strohhalm ist!

Kanzlerpräsident Dr. Brüning hat die Wirtschaftskrisis dringend, mit Optimismus und Vertrauen das Wirtschaftsprogramm der Regierung nach allen Kräften zu unterstützen. Neben der dadurch zu erzielenden finanziellen Entlastung der Bevölkerung es aber auch noch einer weiteren Zinsherabsetzung. Der Präsident warnte aber auf ernstliche vor einer Regelung in der Form allgemeiner Zinsenkung: eine Wiederholung der Forderung von Dezember 1931 müßte zum Ruin des Kapital- und Hypothekensystems führen und auch die Sparkassen an den Rand des Ruins bringen. Vizepräsident Lehmann (Magdeburg) begrüßte die Verammlung im Namen der kommunistischen Preussengeneration.

### Dienst am Arbeiterkinder

#### Kursus der Kinderfreunde-Halle

Eine erfreuliche Entwicklung ist in der Kinderfreunde-Bewegung festzustellen. Im Reich konnte die Zahl der Ortsgruppen auf 1050 gesteigert werden und auch im Bezirk Halle-Nordwest ist die Bewegung ständig im Wachsen. Der Durchbildung der Kräfte, die sich in den Dienst der Sache stellen wollen, dient ein Kursus, der Sonnabends und Sonntag im Döllnitzer Jugendheim abgehalten wurde und bei dem der Genosse Weinberger von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde die Leitung hatte.

In seinem Vortrag fixierte er die Aufgaben, die die Kräfte, der selbstfrei und Alterskreis erfüllen sollen. Eine gut arbeitende Gruppe allein genügt nicht, sondern die Arbeit muß sich auch auswirken auf alle Arbeiterkinder und auf die gesamte Bewegung. Eine planmäßige Förderung der Arbeit läßt sich vor allem auch erzielen durch Uebernahme von Vaterjahren innerhalb der Roten-Jahres-Gruppen.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde hat einen großzügigen Jahresarbeitsplan fertiggestellt, bei dem es wichtig ist, daß die gesamte Arbeiterkraft interessiert und herangezogen wird. Für unseren Bezirk sind für die nächste Zeit drei weitere Kurse für die Kinderfreunde-Kräfte vorgesehen.

### Aktive Jugend

Jugendwanderung durch den Gauskreis. Rote Pioniere, Jungbanner, SSB und die Jugendgruppe der Naturfreunde-Club — insgesamt über 100 Jugendliche — veranstalteten gestern eine Jugendwanderung durch die Eifel-Route. Im schönsten Herbstwetter ging es über Canena und Zwinglitz nach Diebstau. In den genannten Orten, in denen die mit dem Dreipfeil geschmückten Wandertropfen lebhaftes Interesse erregten, wurde das „Volkshaus“ bereitet. In Diebstau wurde auf dem Kameradenplatz ein Handballspiel zwischen dem Naturfreunde-Club und der Diebstauer Handballmannschaft ausgetragen, das eine

## Die letzte Chance

### Die „Wirtschaftsführer“ hoffen auf Erfolg des Papen-Programms

Am Sonnabend veranstaltete die Industrie- und Handelskammer Halle nach zweijähriger Pause wieder einen geselligen Abend, in dessen Mittelpunkt ein Vortrag des früheren Reichsministers Hamm stand. Er stellte im wesentlichen einen Versuch der Verteidigung des Regierungsprogramms und des kapitalistischen Wirtschaftssystems dar, wobei sich der Herr Minister a. D. mehr an die Tatsache der allgemeinen Wühlung gegen den Kapitalismus hielt, als das sonst bei solchen Rednern der Fall ist. Er verfuhr die Ansicht zu überlegen, daß auf Grund der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine Arienüberwindung nicht möglich sei. Dabei freilich behauptete er unsere Wirtschaftsführer in mörderischer Weise. Die internationale Ueberkapazität der Produktion und die großen

Investitionen in Bauten hätten sich als verhängnisvoll erwiesen — aber das sind Dinge, für die die Kapitalisten und nicht die „Marxisten“ die Verantwortung und Schuld tragen. Auch gegen die Kautzler wandte sich Herr Hamm.

Auf die Ausnahmefälle, die gegenwärtig 5 Millionen Reichsmark erwägen kann Deutschland nicht verzichten.

Der Satz: „Bei der Bauer Geld, hat's die ganze Welt“ geht heute nicht mehr, heute müßte es heißen: „Bei der Konsument Geld, hat's die ganze Welt!“ Alle seine Hoffnungen gründete der Redner darauf, daß das Regierungsprogramm ein Erfolg habe. Er brachte das auch zum Ausdruck, als er sagte: „Die stimmungsmäßige Abneigung gegen die gegenwärtige

# Die richtige Zubereitung erhöht den Genuß. Einen Eßlöffel voll Kornfranck mit einem Liter kochenden Wassers überbrühen, nicht kochen, den Aufguß nach 5 Minuten vom Satz abgießen. Dann haben Sie das köstlich schmeckende und sehr preiswerte Kaffegetränk.

Die richtige Zubereitung erhöht den Genuß. Beachten Sie deshalb den Hinweis auf dem bekannten grünen Paket.



gang Knopf Aufhänger hergestellt hatte. Das ...

# Wir stimmen gegen Hitlerei 2 Geschlossen nur für Liste 2

(weil durch die Laubheit vieler Arbeiter die Nazis die stärkste Partei geworden sind)

## Die Stahlschmiede

Die Stahlschmiede ...

## Die Wahlparole der Staatspartei:

Gegen Parlamentarismus und Partei ...

## Ein Brief aus Koburg

Jeder zweite Mensch arbeitslos. ...

## Den Opfern des „Stahlbades“



Das Denkmal, das die 117 ...

## Einigungsamt für Betriebsverpflichtigten.

Der Minister für Handel und Gewerbe ...

## Nachmal's Ritterschloß

Eine neue Schwurgerichtsperiode ...

## Die Reichswehrverhältnisse

Die Reichswehrverhältnisse ...

## Letzte Nachrichten

Schweres Eisenbahnunfall in Frankfurt ...

## Der Mann mit dem Jagdschein

Copyright by Axel Brödel & Co., Berlin-Weißensee.

## Anodenbatterien, 100 Volt, RAK 350

Arznumulatoren RAK 475. Müller 94, Marktstraße 1 (am Markt).

## Der Mann mit dem Jagdschein

„Nun liegt Sie doch um Gottes willen schon ...

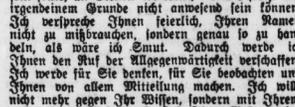
## Die Reichswehrverhältnisse

Die Reichswehrverhältnisse ...

## Ein Brief aus Koburg

Jeder zweite Mensch arbeitslos. ...

## Den Opfern des „Stahlbades“



Das Denkmal, das die 117 ...

## Einigungsamt für Betriebsverpflichtigten.

Der Minister für Handel und Gewerbe ...

## Der Mann mit dem Jagdschein

Wenn das Zeitungswesen mit dieser ...





# Harzburger Stinkbombe der Nazis und Deutschnationalen

## Einig in der Gemeinhel!

Die bewährten Macher von Schmutz- und Verleumdungsfähigkeiten in der Deutschnationalen Partei haben eine Stinkbombe gefadon und geworfen. Diese Stinkbombe richtet sich gegen die rechtmäßig preussische Regierung Braun-Gesering, Hirtfelder, parteipolitisch gesehen aber vor allem gegen Zentrum und Staatspartei.

Der Dreck, der zu dieser Stinkbombe benutzt worden ist, besteht darin daß reguläre Handlungen der preussischen Regierung und gewisse Geschehnisse der Preussenschaft mit der größten Unferorendheit als korruptive, ja, direkt als kriminelle Handlungen hingestellt werden und daß diese Methode der Verleumdung unterläßt wird durch das öffentliche Ansehen eines Antrags, den Finanzminister Klepper zu verhaften. Für diesen Antrag hat sich im Landtag ein Antrag aus der Mehrheit aus Deutschnationalen, Nazis und Kommunisten gefunden. Selbstverständlich stellt dieser Antrag eine absolute Überforderung der Befugnisse des Ausschusses zur Angliederung eines verlogenen Wahlschwinds dar. Aber das ist ja klar, daß man sich darüber nicht weiter aufhalten braucht.

Die Deutschnationalen Fabrikanten der Stinkbombe haben es sich im übrigen einfach gemacht Sie haben befohlen, und gefordert, daß das Finanzministerium unter kommunistischer Führung eine sogenannte Untersuchung einleitet, das heißt, man hat Beamte unter Druck gesetzt und ausgehöhelt, und daraufhin einen Bericht zu veröffentlichen, den der Berichterstatter des Untersuchungsausschusses ohne weiteres als absolute Wahrheit hinstellt. Feiner Untersuchungsausschuss, der von anderen eine Untersuchung anstellen läßt.

die absolut unkontrollierbar ist, und sie dann sofort in der Öffentlichkeit platziert. Das ist eine Form der öffentlichen Verleumdung, unter Mißbrauch des Parlaments.

Wenn die Deutschnationalen Stinkbombenfabrikanten das Ergebnis dieser famosen Untersuchung des Finanzministeriums für so außerordentlich sensationell und bezeichnend für die Finanzen der öffentlichen Kasse ansehen, daß sie die Finanzen der Staatsanwaltschaft zu stellen wollen, so kann man nur fragen: Warum hat dies das Finanzministerium nicht von sich aus getan? Wenn die Deutschnationalen Stankbomader recht hätten, dann hätte sich das Finanzministerium damit geradezu der Begünstigung schuldig gemacht!

Aber so ernsthaft und juristisch darf man die Affäre nicht ansehen. Es handelt sich um einen dreifachen Wahlschwindel an den Wahlen der Deutschnationalen, die im Wahlkampf mit ihren weltlichen reaktionären Zielen nicht aufzutreten wagen. Und siehe da! Bei diesem Wahlschwindel, der sich parteipolitisch gesehen, in erster Linie gegen das Zentrum richtet, haben die Deutschnationalen Bundesgenossen gefunden, ausgerechnet bei den Nationalsozialisten, die sich bisher in Preußen als neue Bundesgenossen des Zentrums aufgepisst hatten. Die jehudischen Brüder von Harzburg, die sich mit Sozialisten vertragen und mit Arbeiterpartei und Wirtschaftlichen befechten, haben sich hier zu einem gemeinsamen Stinkgang gefunden. Der Berichterstatter des Ausschusses, der moralische Entwertung markierte, als er die sogenannten Enthüllungen vortrug, war ausgerechnet der Deutschnationale Gotthard Steuer! Erst vor kurzem haben ihn die Nationalsozialisten

einen dreidigen Judenjungens genannt, aber jetzt sind sie ein Herz und eine Seele mit ihm, wenn es gilt, einen überlistenden Gasangriff auszuführen. Doch wenn wir im Schmutz uns finden, dann verstanden wir uns gleich!

Somit in diesen sogenannten Enthüllungen der Braunregierung vorgekommen wird, daß sie auf die öffentliche Meinung Einfluss genommen habe, so können wir nur auf Brauener ausprechen, daß nicht noch viel stärker dafür gefordert werden ist, daß die für das Volk segensreichen Taten der Braunregierung dem Volk auch zum Bewußtsein gebracht werden! Das Kabinett der Barone ist in dieser Hinsicht weit weniger juristisch. Allen der parteipolitische Mißbrauch des Rundfunkes stellt alles in den Schatten, was auf dem Gebiete der Einflussnahme auf die öffentliche Meinung vor dem Kabinett der Barone dagewesen ist.

Am übrigen: Es ist noch nicht lange her, daß Herr Göring von der „besetzten“ Regierungspresse gesprochen hat. Damit meinte er eine Presse, die deutschnationale Politik betreibt. Erst vor kurzem hat die „Reinisch-Westfälische Zeitung“ eine außerordentliche Zurechtweisung erhalten und hat zur gleichen Zeit ihren Kurs von dem Nazis weg zum Schwert der Barone hingedreht. Wie sieht es im übrigen mit den Reichsbahnabonnements der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“?

Die Deutschnationalen, nationalsozialistischen Stinkpöcher werden in der Öffentlichkeit nicht den mindesten Eindruck machen. Die Fabrikanten sind hinsichtlich betam, die Methode ebenso und die Glaubwürdigkeit erst recht!

## Scheidungsflieber

Aufdeckung eines ungeheuren Betruges in Montevideo  
Eigener Bericht

Buenos Aires, Mitte Oktober.

Die Carcerabampfer, die den Verkehr zwischen Buenos Aires und der benachbarten uruguayischen Hauptstadt Montevideo vermitteln, tragen im Hofraum den Beinamen „Scheidungsampfer“ oder „Heiratsampfer“. Daß im liberalen Montevideo (im Gegensatz zu Buenos Aires) leicht geschieden wird, veranlaßt nämlich alljährlich zahlreiche Personen, denen die Ehe zur Hölle geworden ist, sich am jetzigen Ufer des Rio de la Plata der geistlichen Ketten zu entziehen, die ihnen das Leben zur Qual machen.

### Eine Industrie blüht auf...

Geliebte Personen haben es aber nun verstanden, aus reichlich vorhandenem Scheidungsbedürfnis Kapital zu schlagen. Es war nämlich in der letzten Zeit gar nicht mehr nötig, sich persönlich nach Montevideo zu begeben, um reich und schmuggel geschieden zu werden — vorausgesetzt, daß man über genügend Geldmittel verfügte. Hatte einer Geld, so brauchte er nur einen bestimmten Betrag an eine bestimmte Adresse in Montevideo zu übermitteln, um nach kurzer Zeit die Scheidungsbescheinigung und, wenn gewünscht, auch die Bescheinigung des Eingangs der neuen Ehe, von der er sich mehr Glück als von der ersten versprach, postwendend zu erhalten. Es wurde geschieden und wieder geheiratet, ohne daß diejenigen, die es in erster Linie anging, sich die Unkosten der Heirat mit dem Carcerabampfer merken ließen. Diese Spesen stiebt dafür der „legale“ Vertreter in Montevideo ein.

### Die Dame aus Rosario

Es war nicht die stetig am La Plata schwebende Sonne, sondern ein argentinischer Rechtsanwalt, der den Schwindel an den Tag brachte: die Scheidungsflieber konnten dingfest gemacht werden, sie sehen ihrer Bestrafung entgegen.

Eine Dame aus Rosario, Gattin eines wohlhabenden Kaufmanns, war in Montevideo geschieden worden, ohne daß sie eine förmliche Abmachung davon hatte und ohne daß sie überhaupt in Montevideo war. Anders geht aber aus den Akten der Ehecheidung hervor, daß diese „geschiedene Frau“ bei allen Verhandlungen vor dem uruguayischen Gericht in Montevideo vertreten war. Der argentinische Rechtsanwältin dieser „Geschiedenen“ begab sich nach Montevideo und es war ihm sehr leicht, nachzusehen, was für ein ungeheurer Betrag mit seiner Mandantin und mit vielen tausend anderen Personen vor der uruguayischen Justiz — mit Hilfe betrügerischer Anwälte, die von gestauten falschen Zeugnissen gemacht wurden — verbüßt worden ist. Geschiedene Personen, die sich auf Grund eines betrügerischen Verfahrens wieder verheiratet haben, gehen nach argentinischem Gesetz als nicht verheiratet. Ihre Kinder sind nach dem Gesetz unehelich und es wird langwieriger Schritte bedürfen, um hier wieder legale Zustände zu schaffen.

### Die beiden Hauptflieber

Die von den Mitgliedern des Obersten uruguayischen Gerichtshofs geleitete Untersuchung hat ergeben, daß sich vor dem Bezirksgericht, das der Bekämpfung eines gewissen Dr. Moreno unterhand, die beiden „Hauptflieber“ Denot und Legria eines außerordentlichen Wohlstandes erfreuten. Ihre Freistellung ging so weit, daß sie im Montevideoer Bezirksgericht ihr eigenes Büro unterhielten. Einer vertrat den fliegenden Teil bei der Ehecheidung, der andere den betagten Teil. Die Gerichtsangestellten gehörten den Befehlen dieser beiden Betrüger, als ob sie in ihrer Hörigkeit ständen. Eine halbtägige Zahl von Berufszeugen war angeheilt, die hauptsächlich ein festes monatliches Gehalt bezogen. An einem Tage wurde jede „Bestelle“ Es geschieden, wurden die Akten eingesehen, wurden die in Scheidung wartenden Personen amtlich benachrichtigt — es ging alles wie am Schnürchen! Im Hintergrund der flinken Aktion wurde die Komodie mit etwas veränderten Rollen wiederholt. Dort vertrat die beiden Hauptbetrüger die nun schon geschiedenen Personen und erledigte die neue Heirat.

### „Trennos verlassene Frau“

Denot und Legria haben die doppelte falsche Rolle gespielt. Personen aus Argentinien erst scheiden zu lassen und dann wieder zu verheiraten. Sie verfügten über einen Etat von Männern und Frauen, die ihnen für jede gewünschte Zeugnisaussage gegen fliegenden Lohn zur Verfügung standen. Es traten Frauen vor Gericht auf, die Rollen der Betrogenen oder der treuen Verehelichten im Auftrag ihrer Arbeitgeber die jeweils dienliche Rolle spielten. Man ließ auch Akten aus Buenos Aires kommen und sandte sie wieder zurück, alles nur, um einen formalen und legitimen Weg vorzutauschen. Natürlich kostete dieser Betrag nur gut geringen, weil sich zahlreiche Personen der Aufsichtverwaltung nicht hielten. Die Scheidung, deren gesetzliche Erledigung sonst etwa 18 Monate dauerte, wurde in 23 Tagen durchgeführt. Verheiratet sind sogar Christenanne-Kette — natürlich unter falschem Namen — 3000 Paare in Ehecheidungslagen aufgetreten.

# Rontingentierung und Bankenspolitik

## Verzögerungstaktik der Dapen-Regierung

### Eigener Bericht

Das Reichsabinett hätte Ende der verflochtenen Woche über zwei wichtige Dinge, in der Kontingentierungsfrage und in der Frage der Bankenspolitik, eine Entscheidung treffen müssen. Die Regierung von Dapen, die sie sich in Anspruch nimmt, die erste Regierung zu sein, die nicht-ebend, sondern „von-her“ her, „ausgewogen“ ist, hat sich in beiden Dingen bis zu dem Wahlen am 6. November verweigert. Die Regierung von Dapen ist dringlichen Entscheidungen aus dem Wege gegangen, um das Wahlergebnis nicht zu gefährden.

Somit die Kontingentierungsfrage in Frage kommt, rechnet man damit, daß die sogenannte Tomatenkommission Boden braucht, um den Scherzweg von Rom über Paris nach Rom zurückzuführen. Die Kommission wird als kurz vor den Wahlen in Berlin ein treffen und dann wird man sich den Schaden einmal bei sich betrachten müssen. Nach halbamtlichen Mitteilungen scheint man wieder einmal Hoffnung zu haben, die Verhandlungen mit Italien in Kürze abzuschließen zu können. Man muß diese Verhandlungen als Stimmungsmache bezeichnen; denn in Wirklichkeit sind die deutsch-italienischen Verhandlungen auch in den letzten Tagen nicht vom Fleck gekommen. Selbst dort, wo die Dinge verhältnismäßig einfach liegen, bei dem Desinfektionsproblem, ist kein Fortschritt und keine Aussicht auf Abschluß zu verzeichnen. Dabei ist man auf deutscher Seite bereit zu sein, Italien entsprechende „Kompensationen“ zu gewähren, wenn es auf die deutschen Kontingentierungswünsche auch nur halbwegs eingehen. Die Schwierigkeiten, die sich bei den Verhandlungen in Rom zeigen, müßten auch der deutschen Regierung die Unmöglichkeit ihrer Kontingentierungspolitik bezeugen haben.

In diesem Zusammenhang wird man Gerüchte registrieren müssen, monach im Kabinett die Meinung gemeldet ist, das Kontingentierungsabenteuer irgendeiner zu liquidieren. Die agrarischen Organisationen dürften dabei keine großen Schwierigkeiten machen. Die neue Subvention für die Landwirtschaft (die Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Aussteuerung der Preussenschaft an die großgrundbesitzigen Organisationen), die dem Reich rund 300 Millionen Mark kosten wird, hat das Kabinett Ende der verflochtenen Woche unter Dach und Fach gebracht. Damit dürften die agrarischen Organisationen bis zum Wahltage Ruhe haben. Auch in der Frage der Kontingentierung. Das ganze Getöse ging so auf Rollen des deutschen Gartenbaus, der wieder einmal, gegen seine eigenen Interessen, die neue Reichssubvention für die Agrarier schiebt.

In der Bankenspolitik hat man den Plan, den früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zum Reichskommissar zu machen, fallen gelassen. Im übrigen ist nichts getan, um das Problem der subventionierten Industriegesellschaften und Banken auch nur einer Zufriedenstellung entgegen zu führen. Der allgemeine Fremderung der deutschen Öffentlichkeit nach einer

genügenden Bankkontrolle ist die Regierung Dapen ausgefallen. Über die Beschlüsse des Reichsabinets heißt es nur, daß man den Banken Anweisung geben will, den Kredit zu pflegen. Das ist eine Forderung, die von sozial-

## Auf der Landstraße

500 000 wandern durch Deutschland...

In Deutschland wandern, wie auf der Landstraße des Herbergschwarzes festgesetzt wurde, jährlich etwa 500 000 Männer und 12 000 Frauen und alle Berufen, Ständen und Schichten. Für diese Wanderer setzen etwa 2000 Betten in 34 „Herbergen zur Heimat“ zur Verfügung. Im Jahre 1931 wurden diese von zusammen 288 639 Gästen in 464 215 Schlafstätten benutzt. Unter diesen Gästen waren 209 Jugendliche unter 16 Jahren und 4700 Jugendliche von 16 bis 18 Jahren.

## Mieter und Wahlen

Der Reichsbund deutscher Mieter ruft

Die „Allgemeine Deutsche Mieter-Zeitung“ beschäftigt sich mit den bevorstehenden Reichstagswahlen und ermahnt die Mieter, im eigenen Interesse am 6. November zur Wahl zu gehen. Es sollte ganz selbstverständlich sein, daß die Mieter am 6. November nur die sozialdemokratische Liste wählen. Eine andere Partei kommt für die Mieter nicht in Frage.

Die beste Begründung dafür gibt die „Allgemeine Deutsche Mieter-Zeitung“, indem sie schreibt, daß ein Eintreten der Mieter „für hausbesitzfeindliche Parteien nichts anderes ist als Selbstmord. Der letztvergangene Reichstag hat in seiner für jede gesunde Wehrheitsbildung unumgänglichen Zusammenfassung die Wahrung der Volkswirtschaft durch Stärkung der Dittagepolitik in außerordentlich hervorragender Weise gefordert; sich darüber zu betragen, hat aber nur der Reichstag, der im volkswirtschaftlichen Interesse der notleidenden Mieterschaft eine Stimme für sich in einer Partei des sozialen Fortschritts abgegeben hat. Jetzt die Reichslage nach dem 6. November nicht ein wenig anders Bild als diejenige vom 31. Juli 1928 — werden also die mieterfeindlichen Wählerparteien nicht ganz erheblich gestärkt, so sind die Mieterschaften in die Lage zu parlamentarischer Zuständen, die Aussichten auf eine Milderung der streiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung an einer sozialen Ausgestaltung der Reichsregierung auf ein Mindestmaß herabgedrückt. Dann droht die Rückkehr zum System der „Wohlfahrt von oben“, statt das uns ein Ausmaß der sozialen Rechte zu verschaffen. Dann wird die gesamte Wirtschaft — unter Ausschaltung der Betretung

demokratischer Seite immer wieder erhoben werden ist. Hoffentlich bleibt die Entlassung des Reichsabinets nicht die Bestätigung, hoffentlich kommen wir zu einer besseren Rechtsprechung gegenüber den kleinen und mittleren Industrie, des Gewerbes und des Handels.

des Volkes, von denen nach der Reichsminister Verfassung alle Staatsmacht ausgehen soll — auf absehbare Zeit in den Händen derer liegen, die den Obrigkeitstaat bis zum November 1918 gesteuert haben. Mieter und Arbeiter! Entscheldet! Wieder ist euer Schicksal in eurer Hand gegeben! Die härteste Waffe im unpolitischen Leben eines demokratischen Staates ist und bleibt der Stimmzettel!

## Fünf Menschen niedergeschossen

Eigener Bericht

Hagen, 15. Oktober.

In Letmathe bei Jerteln nach ein Währiger Jelfer nach einem Wortwechsel mit seinem Vater fünf Personen niedergeschossen. Zunächst wurde der Vater niedergeschossen, dann ein Ehepaar und deren Neffe, die die Straßenden kennen wollten. Schließlich ging der Kritiker gegen zwei karolische Schutzpatronen vor, von denen er einen so verletz, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Jelfer ergriff dann die Flucht, stellt sich jedoch in der Nacht zum Sonnabend der Polizei, die ihn heute Vormittag von Hagen nach Letmathe zurücktransportierte.

## Gefränkte Augen...

Vom Bericht in Bafon wurde eine Ehe 24 Stunden nach der Hochzeit gelichend: die Ehefrau entbedte auf der Brust ihres Mannes das einladende Bild einer fremden Frau, darunter meist pfleddurckreuzte Herzen. Das Bericht erstatte, daß der Ehefrau nicht zugemutet werden könne, ständig das Bild einer „Vorgängerin“ vor Augen zu haben.

## Die Todespyramide

Der amerikanische Bergsteiger Herron ist von der großen Gletscherpyramide bei Rairo abgehängt; verunglückt ist, Herron hatte als Mitglied der deutsch-amerikanischen Himalaya-Expedition seinen vor dem Ziel abgebrochenen Rango-Barcel-Ferretung mitgemacht. Er war auf der Rückkehr: Rairo wollte er sich einen Tag aufhalten.

## Gnade für den Hund!

Ein Hundebesitzer aus Birmingham wurde von der Polizei aufgefordert, seinen Hund, der kürzlich einem Beitragser eine Blinderleitung bedrohte, zu töten. Barmerszeit kämpft der Hundebesitzer um sein Tier; er sieht von Total zu Total und tammt Untertugkeiten für ein „Wandergeld“ — 3000 hat er schon zusammen.

## Jubiläum der Kultur

Die Berliner Stabilitätsbibliothek — Bestand: 280 000 Bände — feiert ihr 25jähriges Bestehen.

